



Die Würde des Menschen ist *antastbar*

Die AfD im Bundestag



Inhalt

Vorwort	3
1. Rassismus und Ausgrenzung	5
2. Demokratieverachtung	9
3. Kulturkampf und Antifeminismus	11
4. Sozialpolitik	17
5. Klima und Umwelt	21
6. Gut vernetzt: Kontakte in die Neonaziszene	23
Fazit	24

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Jan Korte

Redaktion: Gerd Wiegel
Fotos: Fraktion, flickr, istockphoto,
Facebook, Twitter, You-Tube
Layout/Druck: Fraktionservice

Endfassung: Oktober 2019

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden!**

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

IndexNr 190923

Vorwort

»Wir werden sie jagen!«, mit dieser Ankündigung am Abend der Bundestagswahl vom 24. September 2017 gab der heutige Fraktionsvorsitzende der AfD, Alexander Gauland, die Linie der AfD-Fraktion im Bundestag vor. Unklar blieb zu diesem Zeitpunkt noch, wen man da alles »jagen« wollte. Die folgenden Wochen und Monate im Bundestag machten deutlich, wen die neue Rechtsfraktion als Jagdwild ausgemacht hatte: Die von ihr als »Altparteien« titulierte politische Konkurrenz, vor allem aber alle Menschen im Land, die nach Vorstellung der AfD nicht zu Deutschland gehören und die man – so muss man die Arbeit der AfD-Bundestagsfraktion verstehen – am liebsten wieder aus dem Land verjagen würde.

Mit dem Einzug der AfD in den 19. Deutschen Bundestag sitzt erstmals eine Partei der modernisierten radikalen Rechten im höchsten deutschen Parlament. Dieser Typ der Rechten macht in ganz Europa Furore und sorgt für eine Achsenverschiebung der europäischen Politik nach rechts. Die Bundestagsfraktion der AfD ist dabei Abbild der Gesamtpartei. Alle Beobachter und Beobachterinnen sind sich einig, dass sich die Partei in einer Radikalisierungsspirale befindet, die sie weit nach rechts geführt hat. Partei, aber auch Bundestagsfraktion haben eindeutige Verbindungen zur extremen Rechten und der einflussreiche völkische Flügel der Partei findet sich auch in der Fraktion wieder.

Mit der AfD hat ein Tonfall Einzug in den Bundestag gefunden, der viele fassungslos macht. Nicht die harte Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner ist dabei das Problem, sondern die systematische Abwertung, Verächtlichmachung und Kriminalisierung ganzer Gruppen von Menschen. Linke, Feministinnen, Klimaengagierte, aber vor allem Geflüchtete sind das zentrale Feindbild für einen Großteil der AfD-Abgeordneten. Die verbale Hetze, die dabei vom Redepult betrieben wird, übersteigt schlimmste Befürchtungen.

Neben der rassistischen Hetze gibt es eine Verächtlichmachung aller politischen Gegnerinnen und Gegner, die auf deren Kriminalisierung abzielt. Politische Entscheidungen, die man ablehnt, werden im Parlament als »Verrat« bezeichnet, für die man die Verantwortlichen zur Rechenschaft und vor Gericht ziehen werde. Unterstellt wird von der AfD nichts anderes als ein systematisch betriebener »Austausch der Bevölkerung« durch die Regierenden und alle, die für eine offene Gesellschaft und durchlässige Grenzen eintreten. Der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und der antisemitisch motivierte Anschlag in Halle haben erneut gezeigt, dass solche Formen der »Feindmarkierung« nicht ohne Wirkung bleiben und eine tödliche Bedrohung erzeugen.

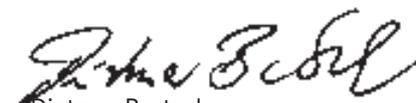
Der Bundestag wird von der AfD-Fraktion auch als Bühne eines »Kulturkampfes« genutzt, mit dem das behauptete linksliberale Grundklima im Land verändert werden soll. Kulturschaffende und ihre Einrichtungen, Demokratieprojekte und die Arbeit gegen die extreme

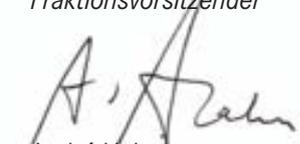


Rechte, vor allem aber Feminismus, Geschlechtergerechtigkeit und eine moderne Familienpolitik stehen dabei im Zentrum der Angriffe aus der AfD-Fraktion.

Zur Bewertung der Rolle und Bedeutung der AfD im Bundestag ist aber nicht nur wichtig, wozu sie sich wie äußert, sondern auch, welche Politikfelder sie nicht bearbeitet und wozu sie sich ausschweigt. Wie bei der Partei ist auch in der Fraktion Sozialpolitik die wohl wesentlichste Leerstelle. Die selbsternannte »Partei der kleinen Leute« hat hier wenig bis nichts vorzuweisen. Im Gegenteil: Sieht man sich die sozialpolitischen Debatten des Bundestags an, dann findet man die AfD zumeist an der Seite der FDP bei der Vertretung der Interessen der »Besserverdienenden«. Aber auch zur Klimadebatte hat die AfD im Bundestag nichts beizutragen außer der abstrusen Behauptung, einen menschengemachten Klimawandel gäbe es gar nicht.

Reden, Anträge, Gesetzentwürfe und Anfragen der AfD im Bundestag lassen erahnen, wie und wohin die AfD die Republik verändern will. Die hier versammelten Äußerungen und Positionen der Bundestagsfraktion lassen das Bild eines von der AfD angestrebten autoritären, geschlossenen, ausgrenzenden und minderheitenfeindlichen Staates aufscheinen. Ausführliche Zitate sollen zeigen, wie unfassbar brutal, menschenfeindlich und häufig auch einfach nur grotesk-absurd viele Aussagen von AfD-Abgeordneten im Bundestag sind. Dass vom Redepult des Deutschen Bundestages mittlerweile regelmäßig die Menschenwürde mit Füßen getreten wird, ist nur schwer erträglich und daran darf es keine Gewöhnung geben – dem soll auch diese Broschüre dienen.


Dietmar Bartsch,
Fraktionsvorsitzender


André Hahn,
Leiter des Arbeitskreises BürgerInnenrechte und Demokratie

1. Rassismus und Ausgrenzung



»Migration ist die Urkatastrophe des 21. Jahrhunderts«

(Gottfried Curio, MdB AfD)

Zwar stammt der Satz, die Migration sei »die Mutter aller Probleme«, von Innenminister Horst Seehofer. Die AfD-Fraktion im Bundestag hat ihn sich aber zu Eigen gemacht und interpretiert alle gesellschaftspolitischen Probleme in diesem Sinne. Von Wohnen über Bildung bis zum Arbeitsmarkt, von Gesundheitspolitik über Landwirtschaft bis zu Steuern – für jede politische Baustelle im Land hat die AfD-Fraktion eine Antwort: »Die Migrant*innen sind schuld!«

Seit Oktober 2017 nutzt die AfD-Fraktion Woche für Woche dasselbe Mantra und betreibt damit eine klassische Sündenbockpolitik. Inzwischen ist es zu einem beliebten Spiel der anderen Abgeordneten geworden, mit einem lauten Zwischenruf »Bingo!« den Moment zu bezeichnen, wenn der oder die AfD-Abgeordnete beispielsweise auch beim Thema »Ansiedlung des Wolfes« zwanghaft auf Migration zu sprechen kommt.

Hauptsächlicher Sinn und Zweck dieser monothematischen Ausrichtung ist es, das zentrale Thema der Partei auch im Bundestag ständig im Gespräch zu halten und so gut wie alle gesellschaftlich relevanten Themen auf einen rassistischen Nenner zu bringen. So präsentiert die AfD eine vermeintliche Antwort auf alle Fragen. Vor allem die Verknüpfung der Themen Einwanderung und Kriminalität ist der AfD wichtig. Damit geht die Behauptung einher, Geflüchtete seien eine alltägliche Bedrohung für die einheimische Bevölkerung. So werden Ängste erzeugt und politisch instrumentalisiert.

Kriminalisierung aller Geflüchteten

Gottfried Curio ist der wichtigste und sprachmächtigste Hetzer der AfD-Fraktion beim Thema Flucht und Migration. Er vor allem prägt die Begriffe und Bilder, mit denen die Geflüchteten als einheitliche und ent-

individualisierte Gruppe verächtlich gemacht werden sollen: »Wer illegal die Grenze übertritt, ist Betrüger; wer ohne Papiere kommt, will das deutsche Volk betrügen. Dieser Betrug ist Raub, ist Gewalt, ist Kriminalität. Und wer Leute ohne Papiere reinlässt, leistet Beihilfe, ist Mit-täter. (...) Da wird ein Millionenheer archaisch geprägter junger Männer ins Land gelassen, denen Frauen als Schlampen und Übergriffsobjekte gelten, wenn sie sich nicht der islamischen Unterdrückungskultur anbequemen. Gelernte Frauenverachtung aber ist programmierter Frauenmord« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 40. Sitzung, S. 4009). Geflüchtete werden von Curio regelmäßig als »Asylbehaupter«, »Asylbetrüger«, »Asyltäuscher« bezeichnet. Ganz offensichtlich spricht er ihnen pauschal die Gründe zur Flucht ab. Ihr Ziel sei es vielmehr, den deutschen Sozialstaat und die deutschen Bürger*innen auszunutzen. Männlichen Schutzsuchenden werden pauschal frauenverachtende Einstellungen und gewaltsame Übergriffe auf Frauen unterstellt. Hier wird das emotional aufrührende Zerrbild der vermeintlich durch die »Fremden« bedrohten deutschen Frau gezeichnet. Generell erscheinen Geflüchtete bei den AfD-Redner*innen als Gewalttäter und Kriminelle, die besser eingesperrt werden sollten. Bezogen auf das Thema Abschiebehaft heißt es bei Curio: »Aber was ist schlimm daran, wenn Asyltäuscher dort zwischenverwahrt werden? (...) Angesichts des Ausländeranteils in Gefängnissen von über 50 Prozent ist das doch nicht wirklich eine fremdartige Umgebung« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 101. Sitzung, S. 12186). Die als Betrüger – »Asyltäuscher« – markierte Gruppe wird verdinglicht und kann »zwischenverwahrt« werden. Als Individuen gibt es diese Menschen bei Curio nicht, sie sind Teil einer homogenen und kriminellen Gruppe. Volksverhetzung im umgangssprachlichen Sinne ist im Bundestag inzwischen ohne Probleme möglich.

Immer geht es darum, die Menschen als Gefahr und Bedrohung darzustellen: »Integration ist gescheitert, schon wegen der schieren Menge. Sie wird von den



Migranten selbst auch nicht gewünscht, die ihre eigene Kultur leben wollen – nach den gesetzwidrigen Regeln der Scharia» (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 21. Sitzung, S. 1745). Den Phantasien des Redners sind dabei keine Grenzen gesetzt. In einer Debatte zum Thema Familiennachzug sagt Curio: »Statt Ausweisung also jetzt Papa Gefährder, Mama Gefährder und die Gefährderbambini. Diese Kleinen gehen natürlich zum staatlichen Werteunterricht und hinterher zu Papas Enthauptungsunterricht. Die GroKo hat ein Programm zur Terroristennachwuchsförderung. Sicherheit der Bürger war gestern. Vorrang jetzt: Wohlergehen von Gefährdern.« Nach der Verdinglichung von Menschen (»Import von Kostgängern«) und ihrer generellen Kriminalisierung folgt schließlich ihre menschliche Entwertung als Ballast der Gesellschaft: »Die Migranten, meist ohne Schulabschluss und Berufsausbildung, bleiben Leistungsempfänger. Wir riefen Flüchtlinge, und es kamen Fachkräfte fürs Ausplündern der Sozialsysteme: über 20 Milliarden Euro jährlich, Kosten nach oben offen. Der GroKo-Vertrag kennt keine Obergrenze. Der Bürger versteht es nicht, wenn illegale Grenzverletzer unbekannter Herkunft das Gleiche erhalten wie deutsche Arbeitslose. Das bedingungslose Grundeinkommen gibt es schon – für Ausländer« (alle Zitate: Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, 33. Sitzung, S. 3085 f.).

Sozialrassismus

Diese Form des »Sozialrassismus« wird von der AfD-Fraktion gerne genutzt, um die Menschen im unteren Drittel der Gesellschaft gegeneinander in Stellung zu bringen und nur ja die Frage nach der Verteilung des Reichtums im Land nicht stellen zu müssen. Wohnungsnot und überbezahlte Mieten? Natürlich sind die Geflüchteten schuld, ganz so, als hätte es vor 2015 keine Mietenexplosion gegeben: »Aber die heftigste Verwerfung auf dem Wohnungsmarkt hat das Eindringen von über 1,4 Millionen sogenannter Flüchtlinge seit 2015 hervorgerufen. Dies hat das Fass zum Überlaufen gebracht und bedroht massiv den sozialen Frieden« (Udo Hemmelgarn, Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 26. Sitzung, S. 2343). Die Kosten der

Einwanderung, verbunden mit den Kosten für Euro und EU, seien eine »perfide Umverteilung (...), in deren Folge unser Land in allen Bereichen in Richtung Dritte Welt gestoßen wird«, so Heiko Heßkemper. Weiter: »Zusammengefasst kann man dies nur als Ausplünderung und Auslöschung bezeichnen« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 23. Sitzung, S. 1984 f.). Der Abgeordnete Martinichert bringt diesen Sozialrassismus in Verbindung mit Ratten und Kakerlaken – ähnlich der NS-Propaganda: »Wir haben, um das mal klar zu sagen, mit unseren Sozialleistungen Menschen nach Marxloh gelockt, die mit ihrem Verhalten dafür gesorgt haben, dass es dort nun Kakerlaken- und Rattenplagen gibt. Das ist nicht nur unsozial, sondern auch mit dem im Grundgesetz verankerten Recht auf Eigentum unvereinbar« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 26. Sitzung, S. 2388). Und von der Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel hört man: »Burkas, Kopftuchmädchen, alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 32. Sitzung, S. 2972).

Zynismus und Mensch-Tier-Vergleiche

Ziel solcher Äußerungen aus der AfD-Fraktion ist die Entmenschlichung der Geflüchteten und Migrant*innen, um jede Form von Solidarität mit ihnen im Keim zu ersticken. Die Schwelle für physische Angriffe auf Einwanderer wird durch solche und ähnliche Reden eindeutig gesenkt, wie der Anstieg der rassistischen Angriffe seit 2015 zeigte. Das wird von der AfD aber in Kauf genommen. Es geht der Fraktion dabei um die Umwertung zentraler Werte der Demokratie, wie Menschenwürde, Humanismus und Gleichheit. In einer aktuellen Stunde zum Thema »Seenotrettung im Mittelmeer durchsetzen« spricht der LINKE Abgeordnete Michel Brandt davon, wie »Tausende Geflüchtete in libysche Folterlager gebracht werden«, und erntet von Beatrix von Storch den Zwischenruf: »Die sind freiwillig hingegangen« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 41. Sitzung, S. 4066). Seinen

Dank an die »engagierten Seenotretterinnen und -retter, die sich unermüdlich für Menschen einsetzen, die auf dem Mittelmeer in Not geraten sind«, quittiert die AfD mit dem Zwischenruf »Ein Hoch auf die Mörder!« (ebd.) Ganz offensichtlich geht es um die Umkehr von bisher gültigen Werten: Menschen in Not werden zu Abenteuerreisenden und Touristen, Menschenretter zu Mördern erklärt.

Der AfD-Abgeordnete Andreas Mrosek bescheinigt den Geflüchteten: Eine solche »Fahrt aufs Mittelmeer zu beginnen, ist leichtsinnig, grob fahrlässig und natürlich auch lebensgefährlich.« Im Wissen um ihre vermeintliche Rettung brächten sie sich »vorsätzlich in Lebensgefahr« (ebd., S. 4068) – ganz so, als gäbe es die allein zwischen 2015 und 2017 erfassten 12.000 Toten im Mittelmeer nicht.

Auch dieser Zynismus lässt sich noch toppen. Ganz offensichtlich haben AfD-Redner und Rednerinnen Spaß daran, Geflüchtete als gefährliche Raubtiere oder Träger ansteckender Krankheiten zu charakterisieren. In einer Debatte zum Thema »Rückkehr des Wolfes« führt der AfD-Abgeordnete Karsten Hilse aus: »Wie ich in meiner ersten Rede andeutete, zeigen die Ansiedlung der Wölfe und die Migrationskrise Parallelen. Yascha Mounk ließ am 20. Februar 2018 in den ‚Tagesthemen‘ die Katze aus dem Sack, indem er sagte: Wir sehen hier ein einzigartiges Experiment, nämlich die Umwandlung einer monoethnischen, monokulturellen Demokratie in eine multiethnische. (...) Was sind jetzt aber die Parallelen zur Neuansiedlung des Wolfes? Es ist die Vorgehensweise. In der Migrationskrise hat die Bundesregierung anfangs behauptet, dass vorwiegend Frauen und Kinder kommen. Die Leitmedien setzten diese wenigen Frauen und Kinder ordentlich in Szene.« Gekommen seien aber ungebildete junge Männer: »Der überwiegende Teil lebt vom Sozialstaat. Genauso läuft es beim Wolf. (...) Ohne die Menschen zu fragen, was sie davon hielten, wohl wissend, dass es durch die Neuansiedlung Probleme mit der Landbevölkerung geben würde, haben Sie das Experiment Wolf begonnen.« Nach diesem abermaligen

Wechsel vom Geflüchteten zum Wolf steht – sprachlich bezogen auf die Wölfe – die Schlussfolgerung: »Aber sie sind nicht niedlich. Sie sind Raubtiere« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 42. Sitzung, S. 4240 ff.). Unschwer ist das Bild des Migranten als bedrohlicher Wolf, als Raubtier zu erkennen, das hier vom AfD-Abgeordneten Hilse aufgerufen wird und mit dem er Emotionen und Ängste seiner Zuhörerinnen und Zuhörer befördert. Solche Mensch-Tier-Vergleiche in verächtlicher Form wurden von Nazis immer wieder zur Entmenschlichung im Rahmen ihrer rassistischen Politik genutzt. Ganz offensichtlich will die AfD sich in diese Tradition stellen und durch das gezeichnete Bild des Raubtieres Rassismus inklusive rassistischer Gewalt als Notwehr erscheinen lassen.

Die Abgeordnete Birgit Malsack-Winkemann bevorzugt lieber Krankheitsmetaphern, wenn sie über Geflüchtete spricht: »Weiter verweise ich auf eine Metaanalyse, über die das ‚Deutsche Ärzteblatt‘ am 23. Mai 2018 berichtete. Danach hat jeder vierte Migrant in Europa antibiotikaresistente Bakterien. Zwar fand man im Rahmen der Studie laut dem Ärzteblatt keine Hinweise auf eine Ansteckung der einheimischen Bevölkerung. Nach logischem Menschenverstand wäre es jedoch ein Wunder, wenn sich die einheimische Bevölkerung nicht ansteckt, wenn die Migranten unter ihr sind. Wenn jeder vierte Migrant mit antibiotikaresistenten Bakterien besiedelt oder infiziert ist, ist nicht nur eine gründliche Gesundheitsuntersuchung jedes Migranten notwendig, sondern auch eine Form der Quarantäne der erkrankten Migranten zum Schutz der einheimischen Bevölkerung« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 44. Sitzung, S. 4660 f.). Geflüchtete als Krankheitserreger am deutschen Volkskörper – auch diese Zuschreibungen sind aus der deutschen Geschichte bekannt. Und auch hier zeigt die AfD, wie wenig sie von Fakten hält, denn die von der Abgeordneten zitierte Untersuchung sagt ja gerade, dass es »keine Hinweise auf eine Ansteckung der einheimischen Bevölkerung« gibt. Das hindert sie nicht daran, das genaue Gegenteil zu suggerieren.

2. Demokratieverachtung

»Was wir verachten, ist die von Ihnen, den Altparteien, geschaffene erbärmliche Parteidemokratie«

(Thomas Seitz, MdB AfD)

Anlässlich der Wahl der Bundeskanzlerin im März 2018 postete der AfD-Abgeordnete Stephan Brandner ein Foto seines Stimmzettels, drapiert auf zwei Toilettenpapierrollen im WC des Bundestages.



Quelle: Screenshot vom 5.8.2018, Facebook

Was Brandner, immerhin Vorsitzender des Rechtsausschusses des Bundestages, damit sagen wollte, ist klar: Diese Form der Demokratie kann man die Toilette runterspülen. Die AfD-Fraktion im Bundestag bezeichnet sich gerne als einzige rechtsstaatliche Partei im Parlament. Im Plenum tut sie jedoch alles, um den Parlamentarismus und die Politiker*innen anderer Fraktionen dem »Volkszorn« preiszugeben. Die als »Altparteien« titulierte Konkurrenz soll als ununterscheidbare und gleichförmige Gruppe dargestellt werden, von der sich nur die AfD abhebt. Mit der Realität hat das wenig zu tun, denn die AfD stimmt bei wirtschafts- und sozialpolitischen Themen zumeist mit der marktradikalen FDP und bei Themen wie Repression, Polizei und Aufrüstung häufig mit der Union überein. Nur bei wenigen Themen unterscheidet sie sich tatsächlich fundamental von den anderen. Eines davon ist die Verächtlichmachung der parlamentarischen Demokratie und die Kriminalisierung ihrer Repräsentanten.

Anlässlich der Ermordung eines 15jährigen Mädchens durch einen irakischen Asylbewerber im Juni 2018 in Wiesbaden versuchte der AfD-Abgeordnete Thomas Seitz, seine Redezeit im Rahmen einer Geschäftsordnungsdebatte zur eigenmächtigen Inszenierung einer Gedenkminute im Bundestag zu nutzen. Nur dem Präsidenten des Bundestages steht diese Möglichkeit zu und

die amtierende Vizepräsidentin Claudia Roth unterband Seitz' Inszenierung nach einiger Zeit. Von Seiten der AfD-Bundestagsfraktion wurde der Vorfall unmittelbar danach via Facebook öffentlich gemacht und gezielt gegen Claudia Roth gewendet. Die Folge waren massive Beschimpfungen und Bedrohungen gegen Frau Roth, die Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble dazu veranlassten, verstärkten Polizeischutz für sie zu prüfen.



Quelle: Screenshot vom 6. Juni 2018, Facebook

Umwandlung Deutschlands in ein »Siedlungsgebiet«

(Alexander Gauland)

Von der AfD-Bundestagsfraktion wird regelmäßig eine Behauptung aufgegriffen und verbreitet, die für die extreme Rechte weltweit einen hohen Stellenwert hat. Den Regierungen liberaler Demokratien – im konkreten Fall der Bundesregierung – gehe es demnach mit ihrer Politik um eine »Umvolkung«. Gemeint ist damit ein systematischer und geplanter Austausch der einheimischen Bevölkerung und ihre Ersetzung durch eine multikulturelle Bevölkerung. Der rechtsterroristische Attentäter, der im neuseeländischen Christchurch im März 2019 50 Menschen in zwei Moscheen ermordete, gab in seinem »Manifest« vor allem diese behauptete »Umvolkung« als zentrales Motiv seiner Tat an. Und auch der Täter des antisemitischen Anschlags in Halle bezog sich auf diese angebliche »Umvolkung«.

»Linke Träumer und globalistische Eliten wollen unser Land klammheimlich aus einem Nationalstaat in ein Siedlungsgebiet verwandeln«, erklärte entsprechend der Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 61. Sitzung, S. 6807). Der Abgeordnete Markus Frohnmaier bevorzugt etwas direkter die Diktion der Neuen Rechten, bei ihm heißt es: »Wer Grenzen abschaffen und damit Staatsgebiet auflösen will, wer das Staatsvolk durch Umsiedlung austauscht, der attackiert (...) beinahe alles, was einen demokratischen



Staat ausmacht« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 69. Sitzung, S. 8115). Marc Jongen formuliert, diesmal mit Blick vor allem auf DIE LINKE, ähnlich: *»Das ist doch auch Ihr erklärtes Ziel. Deutschland soll als Nation, als Land, als Volk verschwinden, es soll ein mehr oder weniger offenes Siedlungsgebiet für Migranten aus aller Welt werden und soll dann auch aufgehen in einem europäischen Superstaat, der ja schon jetzt bezeichnerweise von Kommissaren verwaltet wird, einer EUdSSR – ganz nach Ihrem Geschmack*« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 77. Sitzung, S. 8978).

In der Debatte zur *»Rolle Europas in einer Welt des Umbruchs*« zeichnet Alexander Gauland ein dystopisches Bild der EU: *»Unsere Eurokraten suchen für Europa nach einer Zukunftsvision. Allmählich beginnt man zu ahnen, wie sie aussehen soll die Vereinigten Staaten von Europa als deindustrialisiertes, von Windrädern übersätes Siedlungsgebiet, in dem die nationalen Identitäten abgeschafft sind, das Einwanderern aus aller Welt offensteht, denen die europäischen Werte gleichgültig sind und die sich nicht in die europäischen Gesellschaften integrieren müssen, weil sie bestens in der jeweiligen Parallelgesellschaft integriert und aufgehoben sind, ein Erdteil, meine Damen und Herren, wo nur noch Elektroautos verkehren, wo Bargeld verboten, der Fleischverzehr limitiert ist und das korrekte Sozialverhalten der Bewohner auf unterschiedlichste Weise überwacht wird*« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 96. Sitzung, S. 11553). Diesen bizarren Traum der so geschilderten *»Vereinigten Staaten von Europa*« träumen laut Gauland angeblich *»viele Angehörige der politischen Klasse, der Wirtschaftseliten und eben auch linke Intellektuelle*« (Ebd.). Es wird das Geheimnis von Gauland bleiben, warum etwa die *»Wirtschaftseliten*« von einem *»deindustrialisierten*« Europa träumen sollten.

Ein wesentliches ideologisches Element dieser Propaganda ist der Antisemitismus. Die in der extremen Rechten weit verbreitete Idee, dass die weltweite Migration von einer jüdischen Elite gelenkt wird, um die Nationalstaaten zu zerstören, greift die AfD auf, wenn sie wie Gauland über *»globalistische Eliten*« spricht. Auch die Verbindung dieser eingebildeten Eliten mit dem Feindbild der Intellektuellen entstammt dem klassischen Repertoire des Antisemitismus.

Der AfD-Abgeordnete Heiko Heßkemper fantasiert in diesem Zusammenhang nicht nur von *»Umvolkung*«, sondern gleich von *»Auslöschung*«: *»Zusammengefasst kann man dies nur als Ausplünderung und Auslöschung bezeichnen.*« Deutschland werde von der herrschenden Politik – die für *»Gender-Professuren*«, *»Frühsexualisierung*« und *»die Einbindung von Kindern aus der Dritten Welt*« stehe – *systematisch an den Abgrund geführt*. Heßkemper vermutet, so solle *»der Morgenthau-Plan nachträglich realisiert werden*«, und fragt sich: *»Woher kommt dieser Deutschenhass, diese auf die eigene Gruppe gerichtete Autoaggression?«* (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 22. Sitzung, S. 1985) Ganz offensichtlich lebt er in einer anderen Realität.

Die AfD-Abgeordneten unterstellen den anderen Fraktionen, dass sie mit ihrer Politik bewusst und aktiv das *»deutsche Volk*« auslöschen, zum Verschwinden bringen bzw. auflösen wollen. Folgerichtig werden die verantwortlichen Politiker*innen als ‚Volksverräter‘ dargestellt und verbal aus dem Land ausgemeindet. Beim Abgeordneten Curio hört sich das so an: *»Den Unterstützern der offenen Grenzen geht es um den Umbau der einheimischen Bevölkerung durch jedwede Zuwanderung samt entsprechender Konsequenzen für die Wahlbevölkerung. Die UN-Umsiedlungspläne, Resettlement von Afrika nach Europa, de facto nach Deutschland, hat Frau Merkel, die Kanzlerin der Ausländer, der Union in das Parteiprogramm geschrieben.*« Dieser ‚Plan‘ werde zielstrebig umgesetzt: *»Dem dient die Bemäntelung der völligen Unmachbarkeit dieser Völker-verschiebung, wenn für die sogenannte Integration nicht erwerbsfähiger Personen jährlich über 50 Milliarden Euro veruntreut werden. Das ist Diebstahl am deutschen Volk.*« Bezogen auf die politisch Verantwortliche, Kanzlerin Merkel, fragt er abschließend rhetorisch: *»Gehört so jemand auf die Regierungsbank? Wir sagen, doch wohl eher auf die Anklagebank*« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 21. Sitzung, S. 1745). Nach der Kriminalisierung des politischen Gegners kommt dessen Ausbürgerung. Noch einmal Curio, in einer anderen Rede: *»Wenn Merkel meint, der Islam gehöre zu Deutschland, gehöre zu unserem Rechtsstaat Deutschland, dann sagen wir: Der Islam gehört zu Merkel, aber Merkel gehört nicht länger zu Deutschland*« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 55. Sitzung, S. 5892).

3. Kulturkampf und Antifeminismus

»Wir holen uns unser Land zurück«

(Alexander Gauland, Fraktionsvorsitzender der AfD)

Die AfD-Fraktion nutzt den Bundestag als Bühne, um den von der Partei ausgerufenen Kulturkampf auch von hier aus zu führen. Das »rot-grün verseuchte 68er Deutschland«, wie es Parteichef Meuthen einmal nannte, ist hier das zentrale politische Feindbild der AfD-Fraktion. In Reden, Anträgen und Anfragen im Bundestag wird immer wieder deutlich, in welche Richtung die AfD den gesellschaftspolitischen Zustand in Deutschland verschieben will: Zumindest in die bleiernen Jahre des Konservatismus der Nachkriegszeit, wenn es nach manchen Protagonisten der AfD geht, auch noch einige Jahre weiter zurück.

Geschlechtergerechtigkeit, Frauenemanzipation, Feminismus, gleichgeschlechtliche Ehe, moderne Familienpolitik – all das sind Entwicklungen, die die AfD zurückdrehen will. »Gender-Gaga« heißt bei ihr jede Form von Politik, die den Verfassungsauftrag der Gleichberechtigung der Geschlechter ernst nimmt und die Naturalisierung von Geschlechterrollen ablehnt. Die AfD-Fraktion im Bundestag spiegelt mit ihren 10 Frauen und 81 Männern dieses Rollenverständnis anschaulich wider.

Der Kulturkampf richtet sich aber auch gegen alle kulturellen Einrichtungen, die nach Ansicht der AfD für die inkriminierten 68er-Werte stehen. Ihnen sollen staatliche Gelder genauso gestrichen werden wie allen Einrichtungen, die sich gegen die aktuelle Rechtsentwicklung und den grassierenden Rassismus im Land wenden.

Schließlich geht es in diesem Kulturkampf um das, was die Neue Rechte seit den 1990er Jahren als »selbstbewusste Nation« bezeichnet. Zentral für diese Forderung ist die Beseitigung der Erinnerung an die NS-Vergangenheit aus dem öffentlichen Bewusstsein.

Kulturkampf

Auch jenseits des direkten Rassismus hantiert die AfD mit ideologischen Versatzstücken neurechter Ideologie. Marc Jongen, ihr redegewandter Partei- und Fraktionsphilosoph, setzt das in rechtsgewirkte Sätzen um: »Was zulasten des eigenen Volkes geht, das interessiert Frau Merkel längst nicht mehr. Sie ist die Kanzlerin der anderen. Dass diese Mentalität an die Macht gelangen konnte und sich so lange dort halten konnte, das hat sehr viel mit dem kulturellen Klima zu tun, einem kulturellen Klima, in dem die Missachtung des Eigenen bei gleichzeitiger kritikloser Bejubelung alles Fremden als normal gilt und Kritik daran sofort mit der ‚Rassismus‘-Keule beantwortet wird. Seit 20 Jahren mindestens steht die Kulturpolitik der Bundesregierung im Dienst des Umbaus Deutschlands zu einer multikulturellen Vielfaltsgesellschaft. Diese Politik arbeitet erklärtermaßen an der Aushöhlung der nationalen Identität und damit aktiv an der Zerstörung der Kulturnation Deutschland.« Was helfen könne, sei allein eine totale Assimilation der Eingewanderten, »wenn es denn darum ginge, Migranten an die deutsche Kultur heranzuführen, sodass sie sich assimilieren

und spätestens in der zweiten oder dritten Generation keine Fremden mehr sind. Nur dadurch wäre der soziale Frieden nachhaltig zu sichern in diesem Land.« Was sich hier zeigt, ist ein homogenes, ja geradezu totalitäres Kulturverständnis, in dem jede Abweichung verworfen wird. Wer sich diese Sicht nicht zu Eigen mache, kapituliere vor der politischen Linken: »Ich habe mich lange gefragt, wie eine ehemals bürgerliche Partei wie die CDU sich solcher linksradikalen Ideologie widerstandslos ergeben kann. Seit ich im Kulturausschuss bin, weiß ich: Sie sind einfach zu unbedarft, um dieses Spiel zu durchschauen, aber ich erkläre es Ihnen gerne. Seit der gute alte Proletarier ausgedient hat, ist Die Linke auf der verzweifelten Suche nach einem neuen revolutionären Subjekt – und da hat sie den Migranten für sich entdeckt. Ziel bleibt wie eh und je die Zerstörung der bürgerlichen Gesellschaft und des Nationalstaats. Darum lassen Sie sich nicht täuschen, Frau Kollegin Mutschmann und die gesamte CDU/CSU-Fraktion: Wenn Herr Bartsch die Bibel zitiert, dann meint er eigentlich die Mao-Bibel« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 45. Sitzung, S. 4703 f.).



Aus Sicht der AfD-Fraktion im Bundestag soll überall dort Geld eingespart werden, wo gelebte Demokratie gefördert und Minderheiten unterstützt werden, kurzum: wo Dinge finanziert werden, die gegen ideologische Überzeugungen der AfD stehen. Im Kulturbereich spricht Marc Jongen von »kulturellen Schadprogrammen«, »die einzig und allein dem Zweck dienen, Kunst und Kultur auf globalistische, migrations- und EU-euphorische Linie zu bringen« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 32. Sitzung, S. 3007). Hier ist wieder die unterstellte allgegenwärtige linkskulturelle Hegemonie am Werke, gegen die die AfD wie gegen Windmühlen ankämpft. Ob auf den Theaterbühnen, die einen »paranoiden Kampf gegen rechts« führten, so Jongen, oder im Rahmen der Programme gegen Rechtsextremismus, über die nach Ansicht des Abgeordneten Boehringer »linksextreme und selbst antidemokratische Vereine, wie zum Beispiel die Amadeu-Antonio-Stiftung« (Deutscher Bundestag, 19.

Wahlperiode, 31. Sitzung, S. 2893) gefördert würden und deren Mittel nach Ansicht des Abgeordneten Ehrhorn sofort und ersatzlos gestrichen werden müssen (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, 33. Sitzung, S. 3166).

Antifeminismus, Familie, Sexualität

Zu richtig großer Form läuft die AfD-Fraktion auf, wenn es um Veränderungen im traditionellen Geschlechter- und Rollenbild geht. Bei der »Keimzelle« von Staat und Nation hört für Konservative und Reaktionäre der Spaß bekanntlich auf, und so lassen auch die AfD-Abgeordneten hier ihren Fantasien freien Lauf.

Demographie- und Reproduktionsfragen sind für die radikale Rechte schon immer zentral gewesen, schließlich geht es hier um den Erhalt des »Volkskörpers« und die Durchsetzung von männlicher Verfügungsgewalt über Frauen. So fragt die AfD die Bundesregierung nach Möglichkeiten der »Steigerung der Geburtenrate in Deutschland mithilfe von familienpolitischen Maßnahmen« (Drucksache 19/2584). Als zentrales Problem wird benannt: »Es werden zu wenig deutsche Kinder geboren« (ebd.), womit schnell klar wird, worum es geht. In der Anfrage zu »Langzeitauswirkungen und Folgen der frühen Fremdbetreuung von Kindern« (Drucksache 19/2239) wird gleich das dazu passende Familien- und Rollenbild mitgeliefert. Zitat aus der Anfrage: »Eine der Gefahren für die Kinder, so die Studie, besteht darin, dass die Krippenbetreuung, wenn sie zu früh, zu oft und zu lange in Anspruch genommen wird, die mütterliche Empfindsamkeit schwächen kann – oder gar verhindert, dass sie sich überhaupt entwickelt. Letzteres passierte vor allem bei den Müttern, bei denen die Bindung zu ihrem Kind schon vorher schwach gewesen war« (ebd.).

Die AfD-Abgeordnete Nicole Höchst spricht sich vehement gegen einen angeblichen »Gleichstellungstotalitarismus« aus, der mittels Quote und anderen Förderungen das »Ansehen Millionen freier, selbstbestimmter Frauen« zerstöre. Jede Form struktureller Benachteiligung von Frauen wird von Höchst bestritten – »Die strukturelle Benachteiligung von Frauen gleicht einem Yeti: Jeder spricht darüber, aber noch niemand hat ihn ernsthaft gesehen« (19. WP, Protokoll 17. Sitzung, S. 1387) –, um danach zielsicher die strukturelle Benachteiligung von Frauen im Islam zu thematisieren, der

die eigentliche Gefährdung der Frauen in Deutschland sei: »Sie [die Bundesregierung] liefern uns aus der Geschlechtertrennung und der systematischen, strukturell in dieser sogenannten Religion angelegten Benachteiligung von Frauen. Sie hinterlassen unseren Töchtern und Enkelinnen einen islamisierten Bundesstaat Deutschland in einem zentral regierten islamischen Europa« (Ebd.).

Beatrix von Storch wendet sich in familienpolitischen Debatten häufig dem Feminismus als einem der Lieblingsfeinde der AfD zu. Zusammen mit der aktuellen Familienpolitik, Ganztagschulen und der Auflösung tradierter Rollenmuster sei dieser für den Niedergang der deutschen Familie verantwortlich: »Im Haushalt heißt es nun folgerichtig dazu: Das Ziel ist, ein Umdenken in der Gesellschaft hin zu einem zeitgemäßen Rollenverständnis, und tradierte Rollenbilder sollen ausdrücklich überwunden werden. Das ist exakt die Sprache aller Radikalfeministinnen und Gender-Gaga-Ideologen und jetzt eben auch der CDU. Es geht Ihnen nicht um Wahlfreiheit. Es geht Ihnen um Umerziehung. (...) Es geht in diesem Haushalt um die Verstaatlichung der Kindererziehung, die Entmündigung der Familien, die Indoktrinierung der Kinder und Jugendlichen mit linker, politisch korrekter Genderideologie. Es geht in diesem Haushalt um den langgehegten Traum von Olaf Scholz: die Gewinnung der staatlichen Lufthoheit über den Kinderbetten, häufig auch als Kinderrechte verkleidet. Die AfD ist gegen diese staatliche Lufthoheit über den Kinderbetten und für die Elternrechte für Mütter und für Väter und deswegen ausdrücklich gegen die Kinderrechte« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 44. Sitzung, S. 4617). Von dieser Seite haben Kinder als Opfer häuslicher Gewalt und von Missbrauch in Familien ganz offensichtlich nichts zu erwarten. Dass Kinder Rechte haben, scheint der zutiefst autoritär gesonnenen AfD unvorstellbar.

Die Auslassung und Leugnung von Fakten gehört zum Kerngeschäft der modernisierten radikalen Rechten. Die AfD nutzt diese Strategie insbesondere im Bereich des Kulturkampfes. Abgewickelt wird so z.B. der Internationale Frauentag, den es laut AfD nicht mehr braucht, weil alle Ziele längst erreicht sind. Ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen, Gewalt gegen Frauen, nur wenige Frauen in Vorstandsetagen der Wirtschaft oder auch im



Bundestag? All das kommt im Weltbild der AfD nicht vor. Stattdessen will sie die Gleichstellung der Geschlechter als Nivellierung aller Unterschiede denunzieren. Bei der Abgeordneten Beatrix von Storch hört sich das so an: »Bei allem, was schlecht läuft in diesem Land, können wir heute aus Anlass des Internationalen Frauentages etwas Positives sagen: Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen ist in Deutschland tatsächlich erreicht, und das schon seit Jahrzehnten. (...) Und weil das so selbstverständlich ist, sollten wir darüber überhaupt nicht mehr sprechen. Deswegen brauchen wir eigentlich auch keinen Internationalen Frauentag. Dem Mainstream-Feminismus geht es aber nicht um Gleichberechtigung, sondern um Gleichstellung. Gleichstellungspolitik zerstört Gleichberechtigung. (...) Wir müssen heute aktiv die Gleichstellungspolitik bekämpfen, um die Gleichberechtigung zu bewahren« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 87. Sitzung, S. 10280).

Nicole Höchst, als zweite Rednerin der AfD in der Debatte zum Frauentag, geht weiter: »Brauchen wir den klassischen Feminismus noch? Weg damit!« (Ebd., S. 10286) Statt den ganzen Kladderadatsch von »Gleichstellung« müsse es endlich um das tatsächliche Thema gehen, »die islamische Unterwerfung der Frau« (Ebd.). Hier läuft sie dann zu großer Form auf und fordert, »dass wir nicht ohne Not zusätzliche Horden testosterongesteuerter junger Männer aus islamisch geprägten Kulturkreisen en masse importieren und uns mit Messern oder sonst wie abschlachten lassen« (Ebd.). Was sich in diesen entgrenzten, absurd überzogenen und sehr bildhaften Gewaltfantasien zeigt, sind tiefe Ressentiments und rassistische Abwehrmuster. Wenn es keine »Fremden« im Land geben würde, gäbe es keine Gewalt gegen Frauen, suggeriert die AfD. Das ist jenseits jeder Realität und geht fahrlässig über die verbreitete häusliche Gewalt gegen Frauen und über den Missbrauch von Jungen und Mädchen in Familien hinweg.

Die Infragestellung des Konzepts der strikten Zweigeschlechtlichkeit und die bescheidene Möglichkeit, »divers« als Geschlecht in Ausweisdokumenten anzugeben, bringen von Storch in der entsprechenden Bundestagsdebatte weiter in Rage: »Sie [die »Genderideologen«] hatten und haben nur ein Ziel: Sie wollen die Zweigeschlechtlichkeit grundsätzlich abschaffen, und ihre ideologischen Verbün-

deten von links bis in das Herz der Union hinein werden das jetzt umsetzen. (...) Es geht Ihnen um einen Kreuzzug gegen die Zweigeschlechtlichkeit, um einen Kreuzzug gegen die Biologie und gegen die Natur des Menschen schlechthin. (...) Hinter der Genderideologie steht ein großer linker Irrweg. Sie setzen den Menschen gegenüber der Schöpfung absolut. Sie wollen Gott spielen. (...) Ihrem Wahn von Machbarkeit opfern Sie alles. Was Ihnen dabei im Wege ist, wollen Sie zerstören: die angeborene Geschlechtsidentität des Menschen, die Familie, die Tradition, die Kultur. Wir treten an, um diese Zerstörung gegen Sie alle hier im Haus zu verteidigen. Deswegen ist die AfD die einzige konservative Kraft in Deutschland« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 55. Sitzung, S. 5989). Das völlig maßlose Zerrbild einer gezielten »Zerstörung« von Familie, Tradition und Kultur – darunter geht es für die AfD nicht. Doch worum geht es eigentlich? Es geht um vergleichsweise wenige Menschen, denen es ermöglicht werden soll, in ihren Ausweisdokumenten Angaben zu ihrem Geschlecht zu machen, mit denen sie sich identifizieren können. Das Bundesverfassungsgericht hatte diese Regelung gefordert, um dem Persönlichkeitsrecht und Diskriminierungsverbot des Grundgesetzes zu entsprechen – Verfassungsprinzipien und Minderheitenrechte sind der AfD jedoch keine besonderen politischen Anliegen.

Dass man sich in der Ablehnung von Homo- und Transsexualität nahe bei den Islamisten findet, macht die Abgeordnete Nicole Höchst deutlich: »Die Bürger sollen nun Homosexualität und Transsexualität nicht nur tolerieren; sie sollen sie akzeptieren. ‚Akzeptieren‘ – dieses Wort kommt aus dem Lateinischen und bedeutet ursprünglich ‚annehmen, gutheißen‘. Und was kommt denn dann als Nächstes? Wird Homo- und Transsexualität unter dieser verstrahlten Regierung noch zur Staatsnorm erhoben und somit zur heiligen Pflicht für jeden Bürger? (...) Mit Ihren unwissenschaftlichen Lügen über angebliche Vielfalt und Beliebigkeit legen Sie nicht nur die Axt an die Keimzelle unserer Gesellschaft, die Familien« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 102. Sitzung, S. 12512). Man muss sich häufig fragen, ob die AfD-Politiker*innen tatsächlich selbst glauben, was sie da sagen: Homo- und Transsexualität als »Staatsnorm« und »Pflicht für jeden Bürger« – ein solches Szenario abwegig zu nennen, wäre eine Untertreibung.



In der Debatte zum Thema Paragraph 219, in dem es um das Verbot von Informationen über Schwangerschaftsabbrüche geht, zeigt die AfD ihr Frauenbild in aller Deutlichkeit. Zu einem Beschluss des Juso-Kongresses, die Paragraphen 218 und 219 aus dem Strafgesetzbuch zu streichen, hatte die AfD eine Aktuelle Stunde beantragt, in der von Storch die ganz großen Geschütze auffuhr. Die Jusos wollten ihrer Darstellung nach »das Töten von Babys erlauben«, weshalb sich die SPD »von der Babymörderfraktion in ihrer Jugendorganisation« abgrenzen müsse. »Wenn die Jusos mit breiter Mehrheit das Recht auf Abtreibung bis unmittelbar vor der Geburt, also das Töten von lebensfähigen Kindern, fordern und sich die SPD davon nicht distanziert, sondern gleichzeitig die Legalisierung der Werbung für Abtreibung zur Schicksalsfrage ihrer Koalition macht, dann drängt sich der Schluss geradezu auf: Die Entwertung und Zerstörung ungeborenen menschlichen Lebens ist für die SPD und ihre Parteijugend offensichtlich ein politisches Herzensanliegen. (...) Wenn Sie jetzt nicht gegen diejenigen vorgehen, die die Babytötung legalisieren wollen, dann ist die Botschaft der SPD klar. Die Kritik am Islam ist gegen die Parteilinie [gemeint ist das Ausschlussverfahren gegen Thilo Sarrazin], die Legalisierung von Kindermord offenbar nicht« (alle Zitate Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 71. Sitzung, S. 8256 f.). Das Frauenbild, das von Storch in ihrer Rede offenbarte, steht exemplarisch für die Frauenverachtung der gesamten Partei. Nicht als schwerwiegende Entscheidung in einer schwierigen Situation wird der Schwangerschaftsabbruch von ihr dargestellt, sondern als willkürlicher Tötungs-Entschluss aus einer Laune heraus. »Ein lebensfähiges, voll ausgewachsenes Kind darf dann auch noch eine Minute vor der Geburt getötet werden« (Ebd.). Die betroffenen Frauen, aber auch die Ärztinnen und Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, werden als potenziell verantwortungslose Mörder/innen dargestellt und außerhalb von Kultur und Zivilisation angesiedelt: »Was ist das für ein Menschenbild? Es ist nicht das Menschenbild unserer Kultur und nicht das Menschenbild unserer Zivilisation« (Ebd.).

Einmal in Fahrt kennt von Storch kein Halten. Sie spricht davon, der Arzt wolle das Kind »zerstückeln«, und der zweite AfD-Redner, Martin Reichardt, bedient weitere Horrorfantasien: »Der Juso-Beschluss ermöglicht es nun, dass eine Nadel durch den Bauch der Mutter in das Herz des Ungeborenen gestoßen wird, um dessen Tod durch das Injizieren von Kochsalzlösung herbeizuführen« (Ebd., S. 8264). Völlig zurecht sprach die LINKE-Abgeordnete Conni Möhring in diesem Zusammenhang von »kranken Fantasien« der AfD.

Eliminierung der NS-Vergangenheit im öffentlichen Bewusstsein

Die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus ist für die radikale politische Rechte seit Jahrzehnten ein zentrales Hindernis auf dem Weg zur »selbstbewussten Nation«. Wenn der AfD-Fraktionsvorsitzende Gauland diesen Teil der Geschichte bei einem Treffen der Jungen Alternative als Bagatelle darstellt – »Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1000 Jah-

ren erfolgreicher deutscher Geschichte« –, dann geht es eindeutig um die Relativierung dieser Vergangenheit.

Im Bundestag ist es vor allem der Abgeordnete Marc Jongen, der diese Form des Geschichtsrevisionismus befördert. Der LINKE-Antrag »Gedenkort für die Opfer des NS-Vernichtungskrieges in Osteuropa« ist für ihn Anlass, grundsätzliche Bekenntnisse abzulegen: »Der linken Seite dieses Hauses sage ich aber: Wir trauen Ihrer moralischen Empörung und Ihren zur Schau gestellten humanistischen Motiven nicht über den Weg. Wir erkennen Ihre politische Absicht und sind mehr als verstimmt. Ihnen geht es gar nicht um ein würdiges Gedenken an die Opfer dieser Verbrechen. Ihnen geht es in Wahrheit darum, ein tiefes Schuldbewusstsein in Deutschland für alle Zeiten zu verankern. Vor allem den nachwachsenden Generationen wollen Sie einen moralisch zermürenden Gedanken einpflanzen: Die Deutschen sind böse, Deutschland ist eine Verbrechernationalion, es wäre eigentlich besser, wenn Deutschland verschwände« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 77. Sitzung, S. 8978). Deutlich wird an diesen Äußerungen, dass offenbar jedes öffentliche Erinnern an die NS-Verbrechen von ihm und der AfD als feindlicher Akt gegen Deutschland betrachtet wird. Höckes Forderung nach einer 180-Grad-Wende in der Erinnerungskultur ist auch der Maßstab Jongens, denn wer, wie die Linke, die Erinnerung an deutsche Verbrechen wach halten will, »ist offenkundig vom Hass auf das Eigene diktiert, und damit ist er vergiftet und verdorben.« Für die AfD, so muss man Jongen verstehen, soll Schluss mit dieser Form der Erinnerung sein, denn man wolle kein »bewusstes Offenhalten der Wunde und keine künstlich herbeigeführte Neutraumatisierung jeder neuen Generation in Deutschland« (Ebd.).

Hier bedient die AfD ebenfalls antisemitische Einstellungen. Im Antisemitismus ist die Abwehr der Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen immer verbunden mit dem Hass gegen die heute lebenden Jüdinnen und Juden. Sie werden als Nutznießer*innen und Verantwortliche des »Schuld kult[s]« (Martin Renner, AfD) dargestellt.

Zu einem Antrag der Regierungs-Koalition spricht Jongen im Parlament noch einmal deutlicher aus, welche völkischen Verschwörungsfantasien ihn offenbar umtreiben: »Da ist es schon interessant, zu sehen, welche Aspekte unsere Regierung aus der deutschen Geschichte herausgreift, welche jeder jungen Generation als identitätsstiftende Kollektiverinnerungen einpflanzt werden sollen. Es sind ausschließlich negative Aspekte, meine Damen und Herren. Wichtig ist der Regierung vor allem – und der linksgrünen Pseudoopposition ja umso mehr –, an Diktatur und Gewaltherrschaft auf deutschem Boden zu erinnern« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 93. Sitzung, S. 11161). Ziel dieser Art der Geschichtspolitik ist es laut Jongen, »dass die Jugend systematisch zu Schuld und Scham über ihr Deutschsein erzogen wird, dass sie lernt, mit Deutschland Negatives, ja Böses zu assoziieren, und dass sie lernt, sich an einen Gedanken zu gewöhnen: Deutschland hat eigentlich kein historisches Lebensrecht. Es



ist gut, wenn Deutschland verschwindet. Besser ist es, andere nehmen hier unseren Platz ein. – Das ist doch die eigentliche Absicht dieser Form von Gedächtnispolitik. (...) Sie ist darauf ausgelegt, den Daseinswillen der Deutschen als Volk und Nation zu brechen, und sie ist damit schon erschreckend weit vorangeschritten, meine Damen und Herren« (Ebd.).

Die Erinnerung an die NS-Verbrechen wird bei Jogen zu einem Mittel, die Nation zu beseitigen. Was folgt daraus? Jedenfalls das Ende von Schulbesuchen in NS-Gedenkstätten. Weiter bei Jongen: *»Ein ausschließlich negatives Selbstbild, wie es hierzulande schon seit Jahrzehnten kultiviert wird, ist wie ein psychisches Gift, das schleichend zum Tod des Patienten führt. Sie meinen vielleicht, es ist eine Medizin. Aber warum sollte es denn nötig sein, die Jugend durch Schocktherapie in KZ-Besuchen und ähnlichen Einrichtungen permanent vor einer möglichen Wiederholung dieser Verbrechen zu warnen? Doch nur dann, wenn man die jungen Leute als potenzielle Mörder und Verbrecher sieht, die man vor dem Bösen in sich selbst erschrecken muss« (Ebd.).* Gefordert ist stattdessen laut Jongen eine Konzentration

auf die positiven Momente deutscher Geschichte: *»Aber im Zentrum unserer Gedächtnispolitik müssen die hellen, die lichtvollen Seiten der deutschen Geschichte stehen, und daher lehnen wir Ihren Antrag ab« (Ebd., S. 11162).* Die Erinnerung an die NS-Verbrechen als zentrale Lehre aus der Geschichte und als Grundkonsens deutscher Politik – von der AfD wird sie verleugnet. Die Rede Gaulands vom Nationalsozialismus als »Vogelschiss« deutscher Geschichte war mithin kein unbeachteter »Ausrutscher« oder dergleichen – sie entspricht vielmehr dem revisionistischen Geschichtsverständnis der AfD im Allgemeinen, wie es von Marc Jongen in aller Ausführlichkeit dargelegt wurde.

4. Sozialpolitik

»Bei Arbeit und Soziales kann man einsparen!«
(Alice Weidel, Fraktionsvorsitzende der AfD)

Die AfD stellt sich gerne als »Partei der kleinen Leute« dar. In der Bundestagsfraktion und in den sozialpolitischen Vorschlägen der AfD im Bundestag ist davon wenig bis nichts zu sehen. Während der völkische Flügel der Partei sozialpolitische Verbesserungen nur für Angehörige der rassistisch definierten »Volksgemeinschaft« fordert, dominieren in der AfD-Bundestagsfraktion noch weitgehend die Vorstellungen der neoliberalen Lucke-AfD. Nicht umsonst wird die Fraktionsvorsitzende Weidel von vermögenden deutschen Spendern aus der Schweiz unterstützt, die damit auch entsprechende politische Erwartungen an die AfD zum Ausdruck bringen.

In Bundestagsdebatten zu wirtschafts- und sozialpolitischen Themen findet man die AfD zumeist an der Seite der FDP. Steuern runter, Sozialausgaben kürzen, Erbschafts- und Millionärssteuer ablehnen – diese Rezepte des Neoliberalismus macht sich auch der Großteil der Bundestagsfraktion zu Eigen. Da die AfD-Fraktion alle wesentlichen Probleme im Land allein auf das Thema Flucht und Migration zurückführt, geht es ihr niemals um Verteilungsfragen, um eine Umverteilung von oben nach unten, oder um Solidarität der abhängig Beschäftigten. Im Gegenteil: Wenn es konkret wird, stellt sich die AfD an die Seite großer Immobilienkonzerne, Ausbeuterfirmen wie Ryanair oder Amazon und gegen Gewerkschaften und Beschäftigteninteressen.

Neoliberale Bekenntnisse

Den LINKEN-Antrag »Millionärssteuer« nennt der AfD-Abgeordnete Albrecht Glaser eine Form der »Gruppendiskriminierung« und einen Ausdruck des »real existierenden Sozialismus.« Höhere Vermögensbesteuerung sei ein »Kampf gegen jeden prosperierenden Wirtschaftsprozess.« Die Aussetzung der Vermögenssteuer 1997 durch CDU/CSU und FDP sei völlig richtig

gewesen. (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 7. Sitzung, S. 565 f.) Ähnlich Martin Sichert zum LINKEN-Antrag »Kehrtwende in der Arbeitsmarktpolitik«, den er als »Sozialismus in Reinkultur« bezeichnet. Staatliche Arbeitsmarktpolitik wird von ihm abgelehnt, stattdessen empfiehlt er die Senkung von Steuern und Bürokratie: »Das mit Abstand beste Programm zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsabschwung sind nicht aufgeblähte Töpfe der Sozialversicherungen, sondern der Abbau von Bürokratie, Abgaben und Steuern« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 8. Sitzung, S. 655). Anders sagt es die FDP auch nicht.

Auch der AfD-Abgeordnete Enrico Komning gibt in der Aktuellen Stunde zum Thema Arbeitsmarktlage noch einmal ein Bekenntnis zu den Leitsätzen neoliberaler Wirtschaftspolitik ab: »Vollbeschäftigung, meine Damen und Herren, erreicht man, indem man Unternehmen dazu animiert, Menschen Jobs zu geben. Das erreicht man durch niedrige Steuern, weniger Bürokratie, eine gute Ausbildung und eine gute Infrastruktur. Keinesfalls erreicht man Vollbeschäftigung durch sozialistische, planwirtschaftliche und dirigistische Maßnahmen« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, 35. Sitzung, S. 3310).

Die Säulenheiligen des Neoliberalismus werden im Bundestag von der AfD-Abgeordneten Malsack-Winkemann verehrt: »Wissen Sie, es ist eines der großen Missverständnisse der Geschichte, dass Menschen immer wieder glauben, man könne durch Zentralismus und Planwirtschaft den Wohlstand fördern. Das Gegenteil ist der Fall. Der sozialistische Traum, mit dem Sie, die Grünen, die Linken, die SPD und nicht zuletzt Sie, die Merkel-CDU/CSU, und Macron die Menschen ködern wollen, die Idee vom starken und guten Zentralstaat, hat in der Geschichte immer zur Knechtschaft geführt – niemals zur Freiheit. Am Ende der Zentralisierung stand immer Regulierung, Bevormundung, Zensur und vor allem die Verarmung der Massen, während die Funktionseliten auf Kosten der einfachen Leute in Saus und Braus leben. Bei von Mises und Hayek ist das gut beschrie-



Quelle: Screenshot SWR AKTUELL

ben, oder bei Roland Baader« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 102. Sitzung, S. 12473). Dass Frau Malsack-Winkemann sogar der »Merkel-CDU/CSU« einen »sozialistischen Traum« und Planwirtschafts-Ambitionen unterstellt, dient vor allem der Verschleierung, dass die AfD sozialpolitisch genau auf Linie der marktradikalen Vertreter*innen in Union und FDP liegt. Die AfD als marktwirtschaftlicher Fels in der sozialistischen Brandung – ein geradezu peinliches Niveau der politischen Auseinandersetzung und eine Haltung, von der abhängig Beschäftigte und Erwerbslose nichts zu erwarten haben.

Interessenvertreterin der Besserverdienenden

In zahlreichen sozial- und arbeitsmarktpolitischen Debatten macht sich die AfD eins zu eins die Unternehmerposition zu eigen und zeigt, wie weit die Fraktion von der Lebensrealität der oft zitierten »kleine Leute« entfernt ist. Zur von der LINKEN geforderten Entlastung der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung heißt es vom AfD-Abgeordneten Jörg Schneider: »Den Entlastungen der Versicherten stehen quasi in gleicher Höhe Belastungen der Arbeitgeber gegenüber. Das mag vielleicht zunächst egal sein, aber es wird unter Umständen dazu führen, dass Arbeitsplätze verloren gehen, es wird vielleicht dazu führen, dass neue Arbeitsplätze nicht in dem Maße geschaffen werden. Zumindest aber wird es den Spielraum von Arbeitgebern bei zukünftigen Lohnabschlüssen einengen.« Sein Gegenvorschlag lautet: »ein echter Wettbewerb« – das Patentmittel der Neoliberalen – und es folgt eine Werbeeinlage für die private Krankenversicherung: »Ich mache Ihnen einmal einen Vorschlag. Ich persönlich bin privat krankenversichert. Das ist gar nicht so teuer, weil ich im Jahr bis zu 2 000 Euro selber bezahle. Das bedeutet: Wenn ich jetzt nicht gerade schwer erkrankte oder einen Unfall habe, zahle ich sämtliche Arztrechnungen und Medikamente selber« (alle Zitate Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 52. Sitzung, S. 5486). Relative oder reale Armut, chronische Erkrankungen, krankmachende Arbeitsbedingungen – all das scheint für die AfD eine fremde Lebenswelt zu sein. Die sinngemäße Empfehlung, einfach nicht krank zu werden, dürfte von den

meisten Menschen ohne großes Einkommen zurecht als zynisch empfunden werden. Eine solidarische Krankenversicherung, in die alle Menschen entsprechend ihrer finanziellen Möglichkeiten einzahlen, wird es nach den Vorstellungen der AfD aber keinesfalls geben.

Zum LINKEN-Antrag »Rückkehrrecht in Vollzeit für alle Beschäftigten« (BT-Drucksache 19/4525) und einem weniger weitgehenden Gesetzentwurf der Bundesregierung verstrickt sich die AfD in heillose Widersprüche. Während der Abgeordnete Jürgen Pohl am Gesetzentwurf der Bundesregierung (zurecht) beklagt, er ginge nicht weit genug und berücksichtige Beschäftigte in kleinen Betrieben nicht, klagt wenige Minuten später der AfD-Abgeordnete Norbert Kleinwächter genau umgekehrt, der Regierungsentwurf, und erst recht der Antrag der LINKEN, gingen viel zu weit und benachteilige einseitig die Arbeitgeberseite: »Der Arbeitgeber hat sehr viele Pflichten, und der Arbeitnehmer – na ja, der hat einfach Bock. Ausgewogen ist das nicht, meine Damen und Herren.« Die Arbeitswelt stellt sich für Kleinwächter als ein idyllisches Miteinander von Beschäftigten und Unternehmern dar, in der es keine Interessengegensätze und Machtgefälle gibt: »Das Zauberwort in Deutschland heißt: Vertragsfreiheit. Das funktioniert so: Es gibt einen Arbeitgeber, und es gibt einen Arbeitnehmer, und die machen einen Vertrag, der ihren Interessen entspricht; denn sonst gäbe es die beiden Unterschriften darunter nicht. Und wenn sich die Interessen abändern, dann können Arbeitgeber und Arbeitnehmer einen Änderungsvertrag machen, der diese Interessen reflektiert.« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 53. Sitzung, S. 5734) So einfach ist die Arbeitswelt für die AfD, alles auf Augenhöhe. Klar, dass es da keine Interessenvertretungen wie z.B. Gewerkschaften braucht.

Schließlich macht auch Franziska Gminder in einer von der LINKEN initiierten Debatte zu »Zehn Jahre nach der Pleite der Investmentbank Lehman Brothers – Finanzkrisen durch strikte Regulierung und Umverteilung verhindern« (BT-Drucksache 19/4241) deutlich, auf welcher Seite die AfD steht – auf der der Banken und des Kapitals: »Was bieten da Linke und Grüne als Heilmittel an? Die Linke will Finanzkrisen durch strikte Regulierung und Umverteilung



von oben nach unten verhindern. Das sind die Uraltideen der sozialistischen Planwirtschaft und die ewige Leier der Vermögensteuer.« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 53. Sitzung, S. 5749) Auch bei ihr finden sich die Zauberworte des Neoliberalismus: »Ein Finanz-TÜV, keine provisionsorientierte Finanzberatung – all das ist kontraproduktiv zum Leistungsprinzip und würgt jede Initiative und die Selbstheilungskräfte des Marktes ab« (Ebd.).

Bernd Lucke könnte stolz sein, es gibt sie noch, die neoliberalen Kräfte in der AfD, und im Bundestag geben sie häufig den Ton an. Rassismus für die »kleinen Leute« und für die Großen dazu noch den Schutz ihres Geldbeutels, das ist die ganze Politik dieser Fraktion.

Auch den Antrag der LINKEN »Streikrecht bei Ryanair durchsetzen« lehnt die AfD-Fraktion ab und stellt sich an die Seite der Billigflieger-Unternehmen und ihrer beschäftigtenfeindlichen Methoden. Die geforderte Ausweitung von Mitbestimmungsrechten wird vom AfD-Abgeordneten Dirk Spaniel als »Kosmetik« abgetan. Stattdessen müsse es darum gehen, endlich »fairen Wettbewerb (...) zu ermöglichen und die deutschen Marktteilnehmer am internationalen Wettbewerb durch Befreiung von unfairen Wettbewerbsnachteilen zu ertüchtigen« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 59. Sitzung, S. 6648). »Unfair« seien also Mitbestimmung und Beschäftigtenrechte, die der AfD als »Wettbewerbsnachteil« gelten. Verpflichtet fühlt sie sich den Unternehmen, nicht den Beschäftigten, deshalb will sie die Luftverkehrssteuer und Nachtflugverbote abschaffen bzw. einschränken. Internationale Schutzrechte für Beschäftigte stoßen bei der AfD auf wenig Gegenliebe: »Die Vorstellung der Linksfraktion, dass sich Luftfahrtunternehmen in Deutschland an die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation halten müssen oder ihre Start- und Landerechte in Deutschland verlieren, wie es bei Ihnen durchklang, halten wir für einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Tarifautonomie« (Ebd., S. 6649).

Während sich die AfD auch steuerpolitisch vor allem für die Interessen der Besserverdienenden einsetzt und zusammen mit der FDP die sofortige Abschaffung des Solidaritätszuschlags fordert – eine Steuer, die überproportional von Besserverdienenden gezahlt wird

–, will sie die Steuerausfälle durch Einsparungen bei den kleinen Leuten kompensieren. Auf die Frage des LINKEN-Abgeordneten Michael Leutert, wie die AfD denn die Steuerausfälle von 18 Milliarden Euro ersetzen will, antwortet die Fraktionsvorsitzende Weidel in einem Zwischenruf: »Durch Einsparungen! Bei Arbeit und Soziales kann man einsparen!« (Protokoll 19. Wahlperiode, 20. Sitzung, S. 1626)

Ausgrenzung und Ständedünkel statt Umverteilung

Eine Umverteilung von oben nach unten ist mit der AfD nicht zu machen. Eigene Vorschläge hat die Fraktion nicht, außer der immer gleichen Litanei: Flüchtlinge raus, dann sind alle sozialen Probleme gelöst. Warum es dann vor dem Sommer 2015 und seit der Agenda-2010-Politik massive soziale Verwerfungen in Deutschland gegeben hat, bleibt das Geheimnis der AfD. Aber vielleicht ist in der AfD-Fraktion die Sichtweise ihres Abgeordneten Thomas Ehrhorn mehrheitsfähig, der die Leidtragenden des herrschenden Wirtschaftssystems als Menschen sieht, »die schon in der zweiten und dritten Generation von der Stütze leben, gar nichts anderes wollen und das auch völlig in Ordnung finden (...). Stellenweise haben wir es hier tatsächlich mit regelrechten Hartz-IV-Dynastien zu tun« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 38. Sitzung, S. 3710). Ausnahmsweise meint der AfD-Politiker hier einmal nicht (nur) migrantische Familien, sondern er unterstellt prekär Beschäftigten und längerfristig Arbeitslosen im Allgemeinen, es sich in der »sozialen Hängematte« vermeintlich bequem gemacht zu haben. Das spricht der Lebensrealität von Hartz IV-Empfänger*innen, ihren alltäglichen Sorgen und Nöten, ihren Wünschen und Bedürfnissen Hohn!

Während sich die AfD sonst immer gerne als Anwalt der Familien darstellt, stimmt sie natürlich gegen den LINKEN Vorschlag zur »Einführung eines Kinderweihnachtsgeldes«, von dem die oberen 25 Prozent der Einkommensskala ausgenommen wären, aber auch Kinder von Geflüchteten profitieren würden. Die AfD-Redner Albrecht Glaser und Martin Sichert stellen sich



– völlig klassenbewusst – an die Seite dieser 25 Prozent Gutverdiener. Für Glaser sind sie es, die *»diesen Staat in hohem Maße finanzieren«* (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 71. Sitzung, S. 8238), und für Sichert stellt der Antrag eine Umverteilung *»von arbeitender Bevölkerung an jene, die nicht arbeiten darf«* (Ebd., S. 8245). Durchschnitts- und Geringverdiener*innen und Arbeitslose liegen nach Ansicht der AfD also den ‚Leistungsträgern‘ auf der Tasche, der Antrag komme *»die fleißigen Familien teuer zu stehen«* (Ebd.). Dieser Verachtung für ärmere Menschen folgt die Hetze gegen Geflüchtete, die durch ihre Flucht meist alles verloren haben und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz noch weniger als den ohnehin zu niedrigen Hartz IV-Regelsatz bekommen – bei Sichert aber hört sich das so an: *»Auf der anderen Seite: Eine frisch eingereiste Asylbewerberfamilie mit 23 Kindern, vier Müttern und einem Vater, die bekommt 2 413,50 Euro extra durch Sie«* (Ebd.). Rassistische Hetze pur.

Dem Sozialstaat begegnet die AfD-Fraktion mit Verachtung und tritt gegen jede Form sozialer Mindeststandards auf EU-Ebene ein. Von der Fraktionsvorsitzenden Weidel kann man im Plenum Sätze wie diese hören: *»Wir leisten uns eine gigantische Sozialindustrie mit einer wuchernden Doppelstruktur aus staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, die vor allem sich selbst helfen. (...) Am allerwenigsten aber nützen sie denen, für deren staatliche Zwangsbeglückung sie angeblich geschaffen wurden«* (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 64. Sitzung, S. 7295). Besser kann auch die FDP die Denunziation des Sozialstaates als vermeintliche *»Zwangsbeglückung«* nicht auf den Punkt bringen. Der Abgeordnete Jongen nennt sozialstaatliche Maßnahmen und Auffangstrukturen verächtlich *»Sozialklempnertum«*.

Beschäftigten aus anderen EU-Staaten will die AfD-Fraktion gleiche soziale Leistungen verweigern – das Prinzip der Nicht-Diskriminierung ist ein zentraler Grundsatz der EU, von dem auch Deutsche im EU-Ausland profitieren. Beim Abgeordneten Stefan Keuter heißt es dementsprechend völkisch schlicht: *»Wer bedürftig ist und die Solidarität seines Volkes benötigt, soll diese auch bekommen – von seinem Volk.«* (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 92. Sitzung, S. 10884)

Eine europaweit koordinierte soziale Absicherung lehnt die Fraktion ab: *»Das ist eine sozialistische Verteilungsidee, mit der wir in keiner Weise übereinstimmen«*, so der AfD-Abgeordnete Martin Hebner, und sein Kollege Jörg Schneider ergänzt: *»Deswegen sagen wir ein ganz klares Nein zu einer europäischen Sozialversicherung.«* (Ebd., S. 10930 und 10936) Kapital und Waren sollen in der EU grenzenlos fließen und Deutschland weiterhin von den Freizügigkeitsregelungen der EU profitieren können. Den Bürger*innen der Europäischen Union will die AfD außerhalb ihrer Herkunftsländer jedoch keine sozialen Rechte zukommen lassen – das betrifft dann aber auch die im EU-Ausland lebenden Deutschen.



5. Klima und Umwelt

»Und dann immer wieder das endlose infantile Gelaber vom Klimawandel«

(Jürgen Braun, AfD-Fraktion)

Einen vom Menschen zu verantwortenden Klimawandel gibt es nicht! Diese Behauptung findet man bei zahlreichen Vertreter*innen des rechten Populismus. Donald Trump hat sie in den USA zur Regierungslinie erkoren und auch die AfD stellt sich in diese Linie. Hier zeigt sich recht gut, wie sehr die AfD frei von Fakten argumentiert. Weltweite wissenschaftliche Ergebnisse, die den Einfluss des Menschen auf das Klima nachweisen, werden von ihr ignoriert und beiseitegeschoben. Stattdessen bezieht sie sich auf die kleine Sekte der notorischen »Klimaleugner«.

In einer Kleinen Anfrage wollte die AfD die Auffassung der Bundesregierung, 97 Prozent aller Fachwissenschaftler*innen seien der Auffassung, dass der Klimawandel menschengemacht ist, in Zweifel ziehen. In ihrer Antwort korrigiert sich die Bundesregierung tatsächlich – und spricht nunmehr von einer 99%igen Übereinstimmung. In der Antwort der Bundesregierung heißt es u.a.: »Die in der Anfrage zitierte Untersuchung von Cook et al aus dem Jahr 2013, aus der die Zahl von 97 Prozent der Wissenschaftler stammt, wird mittlerweile durch aktuellere Studien ergänzt. So analysiert James Powel in einer Metastudie aus dem Jahr 2016 insgesamt 54 195 durch Fachkollegen geprüfte (peer reviewed) wissenschaftliche Artikel aus dem Zeitraum von 1991 bis 2015. Davon bejahen im Durchschnitt 99,94 Prozent den menschengemachten Klimawandel. (...) Vor dem Hintergrund dieser neueren Erkenntnisse vertritt die Bundesregierung nunmehr die Auffassung, dass rund 99 Prozent der Wissenschaftler, die Fachaufsätze zum Klimaschutz veröffentlichen, der Überzeugung sind, dass der Klimawandel durch den Menschen verursacht ist. (...)« (Drucksache 19/12631). Ein wunderbares Eigentor der AfD.

Tatsächlich geht es der AfD jedoch nicht um einen rationalen Diskurs, sondern sie will – unabhängig vom

Wahrheitsgehalt – eine Position einnehmen, die sie von allen anderen Parteien unterscheidet. Besonders verärgert ist die AfD über die Klimadebatte, weil damit ihr Leib-und-Magen-Thema – Flucht und Migration – stärker in den Hintergrund tritt. Das gilt es aus Sicht der AfD mit allen Mittel zu verhindern.

Zentrale Feindbilder der Bundestagsfraktion sind in dieser Debatte die Fridays-for-future-Bewegung und die als Erbe der Bewegung von 1968 angesehenen Grünen. Die Pathologisierung des politischen Gegners wird von der AfD auch auf die Schüler-Demos der Fridays-for-Future angewandt. Da es den vom Menschen gemachten Klimawandel laut AfD nicht gibt, kann sie sich die internationale Schülerbewegung zum Thema nur als verführt und fehlgeleitet erklären. Der Abgeordnete Martin Reichardt meint: »Aufgabe einer verantwortungsvollen Politik ist es aber, dafür Sorge zu tragen, dass das Engagement der Jugend nicht in die Fänge der grünen Klimasekte gerät, einer Sekte, in der gewissenlose Gurus wie Herr Habeck, Frau Baerbock oder auch Frau Roth unsere Jugend mit irrationalen Klimaängsten für linksextreme Gesellschaftsmodelle gefügig machen wollen« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 86. Sitzung, S. 10081). Marc Jongen nimmt sich gleich das Gesicht der Bewegung, Greta Thunberg, persönlich vor. Dieses »Mädchen mit dem Habitus einer 12-jährigen« werde »in einer professionellen Kampagne missbraucht, in der es um Macht und sehr viel Geld geht (...). Der Fall Greta ist von höchster Symbolkraft für die wahnhaftige Klimarettungspolitik im Ganzen, die immer mehr einer Zivilreligion gleicht mit Greta Thunberg als kindlicher Prophetin an der Spitze. (...) Asperger-Patienten pflegen ein extremes Schwarz-Weiß-Denken. Das Abwägen und Differenzieren ist nicht ihre Sache. Aber gerade das wäre in der Klimapolitik das Entscheidende. Greta Thunberg steht auch ganz bewusst dazu« (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 87. Sitzung, S. 10372). Was soll man daraus anderes lesen, als dass Jongen die demonstrierenden Schülerinnen und Schüler als verführte Autisten ohne Differenzierungsvermögen darstellt?



Nachdem die Klimadebatte im Sommer 2019 der AfD das Thema Fluchtmigration verhängelt hat, lässt sie ihren ganzen Frust über die Entwicklung an den Grünen ab. Ihr oberster Klimaleugner, Karsten Hilse, entwickelt mit seinen Tiraden geradezu ein Hetzstakkato, das an Gottfried Curio heranreicht. In einer Aktuellen Stunde zur Klimapolitik hört sich das so an: *»Liebe Landsleute! Deutschland wurde in den letzten Monaten von einer professionell durchgezogenen Kampagne heimge-sucht, offensichtlich organisiert von finanzkräftigen Lobbyisten, NGOs und der Umweltzerstörungspartei, unterstützt von einem Großteil der Medien. Das begann damit, dass Ökoterroren im Hambacher Forst, die Po-lizisten mit Brandsätzen bewarfen, als Umweltaktivisten bezeichnet wurden. Extremisten, die gezielt Menschen töten wollen, sind keine Aktivisten, sondern potenziel-le Mörder. (...) Die größten Einpeitscher sind aus der Umweltzerstörungspartei mit dem grünen Mäntelchen. Darunter verstecken sich Sozialisten und Kommunisten jeglicher Couleur. In der Tradition Maos missbrauchen diese die Kinder, um sie gegen ihre Eltern aufzuhetzen. Vorbild ist das China zur Zeit der Kulturrevolution mit Millionen von Toten«* (Deutscher Bundestag, 19. Wahlpe-riode, Protokoll 103. Sitzung, S. 12570). Wenn man nicht mehr weiter weiß und keine Argumente hat, dann wird der Kinder fressende Kommunist hervorgekramt, mit dem man den Menschen Angst machen will. Manchmal wundert man sich, dass der AfD solche Plattitüden nicht selbst peinlich sind.

Die Borniertheit des von der AfD vertretenen nationalis-tischen Politikansatzes zeigt sich vor allem beim Thema Umwelt und Klima. So heißt es in einem Antrag der AfD zur Kürzung von EU-Mitteln im Haushalt: *»Umweltschutz liegt in der Verantwortung der Nationalstaaten und sollte nicht von der EU betrieben werden. Klimaschutz ist eine Irreführung der Öffentlichkeit, die dem Umwelt-schutz zuwiderläuft und in hohem Maße Ressourcen verschlingt ohne Ergebnisse zu erzielen. Das EU-Budget ist um die entsprechenden Beträge zu kürzen«* (vgl. Drucksache 19/10171). Die unsinnige Behauptung, Umweltschutz und Klimaschutz seien Gegensätze, wird nur noch durch die Behauptung getoppt, die Probleme ließen sich vor allem im Nationalstaat lösen. Ganz so,

als würden sich Klima und Natur an nationale Grenzen halten. Hier wird deutlich, wie absurd gerade bei sol-chen Themen eine Fixierung auf die Nation und die von der AfD geforderte Abwendung von Europa ist.

Tatsächlich kommt die AfD auch bei diesem Thema nicht aus ihrem rassistischen Duktus raus, für den die Unterscheidung von »Eigenem« und »Fremden« für alle Lebensbereich zentral ist. So fordert die Abgeordnete Andreas Bleck: *»Im Bereich Naturschutz sieht die AfD-Fraktion unter anderem die Notwendigkeit zur stärkeren Erforschung invasiver und gebietsfremder Arten, die heimische Pflanzen und Tierbestände bedrohen, verdrängen oder sogar vernichten. (...) Verstärken Sie Ihr Engagement beim Artenschutz, vor allem beim Schutz heimischer Arten vor invasiven, gebietsfremden Arten«* (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 63. Sitzung, S. 7244).

Mit der AfD, das zeigt sich nicht nur beim Thema Klima und Umwelt, lassen sich politische Probleme und Fragen nicht lösen. Die Fraktion tritt für einen Erhalt und den Ausbau der Atomenergie ein, will internatio-nale Klimaabkommen kündigen und begegnet jungen Menschen, die sich um ihre Zukunft sorgen, mit Spott und Verachtung.



6. Gut vernetzt: Kontakte in die Neonaziszene

Der Nachweise der zahlreichen Verbindungen in die verschiedenen rechten und extrem rechten Milieus ist seit dem Bestehen der AfD ein wichtiger Strang der Kritik an ihr. Dass es diese Verbindungen gibt ist so unstrittig wie logisch: Der Erfolg der AfD beruht unter anderem darauf, als Sammelbecken von durchaus heterogenen rechten Szenen zu wirken. So finden sich in der Partei Holocaustleugner neben vorgeblichen Freunden Israels, völkische Faschisten neben marktradikalen Neoliberalen und eben auch Neonazis neben Rechts-Konservativen.

Nicht anders sieht es in der Bundestagsfraktion der AfD aus. Wer auf die Mitarbeitenden der Fraktion genauer guckt, wird Angehörige bzw. Ehemalig aus ganz unterschiedlichen Gruppen der extremen Rechten finden: Von NPD-Leuten über Identitäre bis hin zu Mitarbeitern des Instituts für Staatspolitik, dem wichtigsten Think Tank der sog. Neuen Rechten. Die Zeitungen »taz« und »Zeit« haben dazu mehrfach Recherchen vorgelegt.

Diese Funktion als Sammelbecken ist eine Stärke von Partei und Fraktion und gleichzeitig ergeben sich daraus Widersprüche, die immer wieder zu Spannungen, Richtungsstreitigkeiten und öffentlichen Skandalen führen. Regelmäßig gelangen Details über entsprechende Verbindungen oder biographische Verstrickungen von Funktionären an die Öffentlichkeit. Nicht selten führt dies seitens der AfD zu Distanzierungsmaßnahmen.

Diese Bemühungen sind selbstredend ebenso strategisch notwendig wie politisch unglaubwürdig. Die Notwendigkeit rührt daher, dass die AfD auch ihre bürgerlich-konservative Klientel sowohl unter Mitgliedern wie auch unter den Spender*innen angemessen bedienen muss. Diese Klientel hat zwar inhaltlich kaum Probleme mit den offen auftretenden Neonazis, sieht aber in deren offenem Auftreten ein Problem unter anderem im Hinblick auf mögliche Koalitionspartner. Politisch unglaubwürdig sind die Distanzierungen aus dem gleichen Grund, denn auch gegenüber der offen-neonazistischen Klientel muss die Partei ein mäßiges aber eben

auch bindendes Verhältnis eingehen. Deshalb sollten diese Distanzierungen als das gesehen werden was sie sind: taktische Manöver ohne inhaltliche Bedeutung.

Für die Frage nach der erfolgreichen Strategie gegen die AfD ist dieses Verhältnis jedoch wichtig. Einerseits nämlich ist es eine hinderliche Illusion, zu glauben, dass weitere Enthüllungen über die Neonazi-Vergangenheit von AfD-Funktionären und Mandatsträgern Wähler*innen abschrecken würden und die AfD dadurch »entzaubert« werden könne. Richtig ist vielmehr, dass die AfD nicht trotz sondern auch wegen ihres offenen Rassismus und ihrer kaum verhohlenen Nähe zu Neonazis gewählt wird.

Gleichzeitig muss die AfD aber das gesamte Feld vom bürgerlichen Konservatismus bis zur extremen Rechten abdecken, will sie aus allen Spektren Wähler*innenstimmen bekommen. Das macht Partei und Fraktion anfällig für öffentlichen Druck wegen ihrer Nazikontakte, beschert ihr unangenehme Fragen ihrer bürgerlichen Anhänger und bringt das wackelige Gleichgewicht zum Schwanken. Dazu kommt, dass der AfD zumindest zeitweise die Möglichkeit genommen werden kann, ihre Agenda durchzusetzen, wenn das Thema bspw. in Talkshows und auf Podien nicht die für die AfD nützlichen rassistischen Thesen zu Zuwanderung sind, sondern die Nazi-Verbindungen ihrer Abgeordneten und Mitarbeiter*innen.

Der Blick auf die Reden von AfD-Abgeordneten im Bundestag hat jedenfalls gezeigt, dass Mitarbeiter*innen und Abgeordnete die Sprachbilder der extremen Rechten bestens beherrschen und die Fraktion im Parlament das ausdrückt, was dort gedacht und gefordert wird.



Quelle: Screenshot You-Tube

Fazit

Eine Politik, die auf nationale Isolation, rassistische Ausgrenzung, neoliberale Konzepte, Klimaleugnung und Antifeminismus setzt, wird keine Politik der Zukunft sein. Die AfD steht für den Weg in eine autoritäre Vergangenheit, dem wir uns als LINKE mit aller Macht entgegenstellen werden. Zwei Jahre AfD im Bundestag haben gezeigt: Wenn diese Partei direkten Einfluss auf politische Entscheidungen in Deutschland gewinnt, wird sie das Land in einen autoritären, auf Ausgrenzung basierenden Staat verwandeln. Der Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes und die dort als unantastbar erklärte Würde des Menschen werden von ihr schon heute mit Füßen getreten.

Demokratie lebt vom Streit und von harten Auseinandersetzungen. Das muss sie aushalten. Demokratie ist jedoch dann gefährdet, wenn Minderheiten ausgegrenzt werden sollen, als Sündenböcke für gesellschaftliche Probleme missbraucht und systematisch kriminalisiert und verächtlich gemacht werden. Die AfD spricht Millionen Menschen in diesem Land die Würde ab.

Die Gesellschaft in Deutschland ist weder gleich noch homogen. Sie ist eine bunt zusammengesetzte Klassengesellschaft. Als LINKE sehen wir den zentralen Gegensatz nach wie vor zwischen oben und unten. Zwischen denen, die gerade so über die Runden kommen und seit Jahren den Gürtel enger schnallen sollen, und denen, die nicht wissen wohin mit dem Reichtum

und in einem obszönen Luxus leben. Hier muss Politik ansetzen, sich mit den Starken und Mächtigen anlegen und die Interessen derer vertreten, die den Reichtum in diesem Land real erarbeiten: egal ob seine/ihre Eltern in Castrop-Rauxel, Bitterfeld, Ankara oder Aleppo groß geworden sind.

Die AfD dagegen betreibt objektiv das Geschäft der Herrschenden, die an der Veränderung der gesellschaftlichen Spaltung in oben und unten kein Interesse haben. Sie steht vielmehr für eine Spaltung zwischen denen, die häufig in ähnlichen Situationen sind: bei der Suche nach gerecht bezahlter Arbeit, nach bezahlbarem Wohnraum, nach einer guten Gesundheitsversorgung, nach guter Bildung für ihre Kinder. Wir meinen: Solidarität verbindet!

Martina Renner,
Sprecherin für Antifaschistische Politik

Ulla Jelpke,
Innenpolitische Sprecherin

www.linksfraktion.de